

Was bei den Armen ankommt

Jahrelange Entwicklungsarbeit fördert bei Dritte-Welt-Ländern die Nehmer-Mentalität. Oft macht die Hilfe mehr kaputt, als sie aufbaut. Wem nützt das Engagement der Industrieländer? Eine Analyse.

Von JENS MEYER-WELLMANN und MANFREDO STUTH

Dass Nicaraguas Präsident Arnoldo Alemán ein Freund des guten Lebens ist, zeigt nicht nur sein beeindruckender Bauchumfang. Auch seine landesweit berühmte Karawane von Luxuslimousinen und die pompöse Party, mit der er kürzlich in Miami die Vermählung mit einer 25 Jahre jüngeren Frau feierte, sprechen für seinen exquisiten Geschmack. Nun hat sich Arnoldo Alemán (übersetzt: Arnold, der Deutsche) endlich für ein paar Millionen Dollar auch einen zu ihm passenden Präsidentenpalast errichten lassen. Auch deswegen hat er den Präsidial-Etat im Haushalt des mittelamerikanischen Landes um 20 Millionen Dollar erhöhen lassen. Dafür wurde im Gegenzug der Sozial-Etat um zehn Millionen Dollar gekürzt, und die Mittel für die anstehenden Kommunalwahlen wurden halbiert. Dahinter steckt ein simpler Gedanke: Die internationale Gemeinschaft werde schon dafür sorgen, dass niemand in Nicaragua verhungert und dass jeder ordentlich wählen darf. Wozu schließlich gibt es Entwicklungshilfe?

Kaum ein Land der Welt hat in den letzten 20 Jahren so viel Aufmerksamkeit und Hilfe von den reichen Industrieländern bekommen wie Nicaragua. 20 Milliarden Dollar an Krediten und nicht rückzahlbaren Hilfen sind zwischen 1980 und 1999 in den mittelamerikanischen Staat geflossen. Zehntausende von professionellen und privaten Helfern haben sich seit der sandinistischen Revolution von 1979 in Nicaragua engagiert: Sie brachten den Menschen auf dem Lande Lesen und Schreiben bei, haben Straßen und Schulen gebaut, Wasseranschlüsse gelegt, Kaffee gepflanzt und Industrieanlagen geplant. In fast jedem westeuropäischen Land gibt es Nicaragua-Vereine, beinahe jedes Dorf in Nicaragua hat eine Partnerstadt im reichen Teil dieser Welt. Und was hat all das Engagement genützt?

Heute, 21 Jahre nach der Revolution und zehn Jahre nach der Abwahl der Sandinisten 1990, ist Nicaragua nach Haiti das zweitärmste Land Amerikas und gehört zu den am höchsten verschuldeten Staaten der Welt. 75 Prozent der fast fünf Millionen Nicaraguaner leben in Armut, 43 Prozent sogar in extremer Armut, sprich: Sie haben nicht genug zu essen, kein sauberes Wasser zum Trinken und kein Dach über dem Kopf. Die Arbeitslosenquote liegt zwischen 50 und 70 Prozent. Selbst Lehrer, Ärzte und Polizisten verdienen kaum mehr als 50 Dollar im Monat. Eine vernichtende Bilanz von zwei Jahrzehnten Entwicklungshilfe.

Gut geht es in Nicaragua vor allem den Freunden von Präsident Alemán – und den professionellen Entwicklungshelfern. Entsandte Lehrer und Ingenieure, Ärzte und Projektentwickler bekommen in der Regel das Gehalt, das sie auch in Europa oder Nordamerika beziehen würden. Allerdings ist der größte Teil steuerfrei, und die meisten erhalten zusätzlich eine Auslandszulage für beispielsweise doppelte Haushaltsführung.

Viele der Helfer kommen auf monatliche Bezüge von mehr als 10 000 Mark netto – in einem Land, in dem das Durchschnittseinkommen laut Weltbank bei 80 Mark im Monat liegt. Wer in seiner Heimat ein Mittelschichtler war, wird als Entwicklungshelfer schnell zum kleinen König. In der Hauptstadt Managua bevölkern die Helfer die teuren Restaurants, und am Wochenende treffen sie sich mit neuesten amerikanischen Surfboards an den wunderschönen Pazifikstränden Nicaraguas. Die speziellen gelben Autokennzeichen geben ihren Jeeps auch auf den Straßen sichtbaren Sonderstatus.

„Die Zeiten des Barfußdoktors sind vorbei“, sagt Utta Stübler von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Und die deutsche Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul erklärt: „Die Professionalität von Fachkräften hat auf dem Weltmarkt ihren Preis.“ Tatsächlich würde wohl kaum ein guter Ingenieur für einen Hungerlohn die Unannehmlichkeiten der Dritten Welt auf sich nehmen. Andererseits herrscht auf dem Markt der Entwicklungshilfe mittlerweile ein Überangebot: Hunderte von privaten, staatlichen und überstaatlichen Organisationen buhlen darum, in der Dritten Welt helfen zu dürfen. Das Heer von Helfern steht unter chronischem Aktionsdruck. „Die Regierungen können sich längst aussuchen, von wem sie sich helfen lassen wollen“, sagt GTZ-Expertin Stübler.

Nur durch das von Experten als „Over-Aiding“ (Übermaß an Hilfe) bezeichnete Phänomen erklärt sich auch der rüde Ton, den Präsident

Alemán mittlerweile gegenüber den Helfern anschlägt. Auf Kritik an seiner korrupten Amtsführung und an der innenpolitischen Entwicklung sagte Alemán kürzlich: Wer seine Politik kritisieren wolle, der solle „bitte schön verschwinden und seiner eigenen Regierung Ratschläge geben“.

Dabei ist die Entwicklungshilfe seit Jahren offiziell an das Prinzip der „Good Governance“, der „guten Regierungsführung“ gebunden. Allzu korrupte Regierungen sollen kein Geld mehr bekommen. So genau nimmt man es mit dieser Regelung freilich nicht – denn sonst würden die Entwicklungshilfe-Organisationen ihr Geld überhaupt nicht mehr los.

Das Motto „Viel Hilfe hilft viel“ erweist sich nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch als unsinnig. Denn einerseits werden viele der Hilfen gar nicht in Projekte umgesetzt: In Nicaragua etwa liegen rund 20 Prozent der Hilfsgelder brach. Andererseits hat die ständige Präsenz ausländischer Helfer die Eigeninitiative der nicaraguanischen Bevölkerung weitgehend erstickt.

„Wenn etwas fehlt, stellen die Leute als Erstes die Frage: Wer hilft mir? Woher bekomme ich Geld?“, sagt Utta Stübler. Auch der Leiter des GTZ-Büros Managua, Peter Pfaumann, warnt: „Wenn sich diese Einstellung nicht ändert, wird das Land niemals die Misere hinter sich lassen.“ Was der Mann nicht sagt: Die jahrzehntelange Entwicklungshilfe hat diese Nehmer-Mentalität erst erzeugt.

Die Vermutung, dass die Entwicklungshilfe in erster Linie den Helfern aus den reichen und den korrupten Regierungen in den armen Ländern hilft, der Normalbevölkerung langfristig aber eher schadet, ist nicht neu. Tatsächlich sprechen viele Indizien dafür – auch bei weltweiter Betrachtung.

Trotz jahrzehntelanger Entwicklungshilfe ist die Einkommenskluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung auf 74 zu 1 gewachsen – 1960 war das Verhältnis noch 30 zu 1. Mehr als 80 Staaten haben laut UNO-Entwicklungsbericht heute ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen als vor zehn Jahren. Seit 1984 fließen mehr Kreditrückzahlungen von den Entwicklungsländern in die Industrieländer zurück als neue Mittel in umgekehrter Richtung.

Mehrere Untersuchungen ergaben, dass massenhafte Nahrungslieferungen in Hungergebiete die Nahrungsmittelknappheit noch verschärften – weil die Gratislieferungen die Nahrungsmittelpreise kaputtmach-

ten und die einheimischen Bauern in den Ruin trieben. So produzieren die Helfer die Katastrophen selbst, die sie nachher dann wieder bekämpfen dürfen.

In Wahrheit, so ein durchaus plausibler Vorwurf, hat sowieso niemand Interesse am Aufschwung in den armen Ländern: Die Entwicklungshelfer würden ihre guten Jobs verlieren. Industriefirmen und Agrarproduzenten des Nordens bekämen unliebsame Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der härtere Wettbewerb würde auch bei uns immer stärker auf die Löhne drücken. Und ökologisch wäre ein Aufholen der Dritten Welt auch nicht zu verkraften. „Wenn jeder Chinese ein Auto fährt, erstickt die Welt“, warnen Umweltschützer. Da drängt sich der Verdacht auf, dass Entwicklungshilfe nur zur Beruhigung dient – vor allem für das eigene Gewissen.

Vollends absurd wird Entwicklungshilfe, wenn europäische Technokraten in Entwicklungsländern erklären, wie man mit seinen Produkten auf den Weltmarkt geht – und die EU den Ländern ihre Produkte dann nicht abkauft, weil sie Europas Bauern Konkurrenz machen.

Während unzählige Hilfsorganisationen mit Millionen und Abermillionen von Mark, Dollar und Yen vor sich hin wursteln, weiß im Grunde bis heute niemand, wo die entwicklungspolitische Reise hingehen soll. Jeder Staat, jede Organisation, jeder Nicaragua-Verein – alle machen ihre eigenen Projekte, die einen größer, die anderen kleiner. Ein roter Faden ist bei dem Hilfewirrwarr kaum auszumachen.

„Nicht einmal die EU ist in der Lage, ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten zu koordinieren“, moniert Sabine Kurtenbach vom Hamburger Institut für Iberoamerikakunde. „Man muss sich grundlegend Gedanken darüber machen, was man mit Entwicklungszusammenarbeit überhaupt erreichen will.“

Ein wenig mehr Koordinierung wäre sicher kein Nachteil. Dann würden groteske Situationen wie am Rio Coco in Nicaragua vielleicht nicht entstehen: Dort versuchen deutsche Entwicklungshelfer von der GTZ den Einheimischen die Öko-Holzwirtschaft schmackhaft zu machen, während am anderen Ufer nordamerikanische und japanische Goldschürfunternehmen den Regenwald mit Quecksilber vergiften.

Auch der Hamburger Politologie-Professor und Entwicklungsexperte Rainer Tetzlaff fordert ein grundlegendes Umdenken in der Entwicklungspolitik. Nicht nur die Koordinierung, auch die Kontrolle der Aktivitäten müsse besser werden, so Tetzlaff: „Weltbank und GTZ kon-

trollieren sich doch heute faktisch selber. Die Institute, die für Projekt-Evaluierung verantwortlich sind, stehen in vollkommener Abhängigkeit von ihren Auftraggebern.“

Das blindwütige Gewerke der Entwicklungsinstitutionen hat auch in Nicaragua manch bunte Blüte getrieben: Für 2,6 Millionen Dollar baute der österreichische Entwicklungsdienst eine Biodiesel-Plantage bei León auf, nur um dann festzustellen, dass in Nicaragua gar kein Bedarf an Biodiesel besteht. Holland schenkte den Bauern in der Gegend um die Stadt Granada einige Hundert Mopeds, damit sie schneller zu ihren Feldern kämen. Da niemand wusste, wie man die Zweiräder wartet, waren sie in kürzester Zeit schrottreif.

Ein Projekt Taiwans zeigte, dass die Hilfe oft vor allem den Reichen und Mächtigen nützt: Mit 25 Millionen Dollar wollten die Inselchinesen die Viehwirtschaft in Nicaragua fördern. Wer schon etwas Land und ein paar Kühe sein Eigen nannte, sollte 25 weitere Kühe und einen Zuchtbullen dazu bekommen. Kaum war das Programm aufgelegt, entstand über Nacht eine ganz neue Klasse von Viehzüchtern: 20 hohe Offiziere der Armee, sechs führende Polizeibeamte, der stellvertretende Tourismusminister sowie der persönliche Leibwächter des Präsidenten Alemán entpuppten sich als geborene Landwirte – und sicherten sich als Erste den Zugang zu den entwicklungspolitischen Melkkühen.